

zogen hat und zur Absonderung der bekann- ten 23 führte. Herr Heldt will sich offenbar für diesen Fall bereithalten. Gerne ist er jeden- falls von seinem Posten nicht abgetreten.

In den Wandelgängen wurde nach der Wahl lebhaft die Mitteilung verbreitet, Herr Heldt wolle gegen die Gültigkeit der Wahl Dr. Bün- gers Einspruch beim Staatsgerichtshof erheben. Das ist aber, wie uns von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, nicht zutreffend. Herr Heldt hat vielmehr schon angekündigt, daß er sich am Mittwoch offiziell als Ministerpräsident verabschieden wolle.

Von welchen Zufälligkeiten der Bestand des neuen Kabinetts abhängen kann, das zeigen die Umstände und Zufälligkeiten, die schließlich zur Wahl Dr. Büngers am Dienstag führten. Dr. Bün- gers dankt seine Wahl in Wirklichkeit nicht etwa der Einigkeit auf bürgerlicher Seite, sondern der Zerfahrenheit im marxistischen Lager. Zunächst natürlich dem Umstand, daß die Kommunisten wieder 12 weiße Stimmzettel ab- gaben und dadurch die Mehrheitsziffer erheblich herabdrückten. Den Ausschlag aber gab ein ganz unwesentlicher Zufall: Die USP wurde in der letzten interfraktionellen Sitzung durch den Abg. Bud vertreten, der sich im Gegensatz zu seinem Fraktionskollegen Heldt zu der Auffassung be- kannte, daß weiße Stimmzettel bei der Berech- nung der Mehrheitsverhältnisse nicht mitzuzäh- len seien. Weil er diese Auffassung in der inter- fraktionellen Sitzung vertreten hatte, stimmte er dann bei der Frage des Präsidiums über die Gültigkeit der Wahl Dr. Büngers ebenfalls, im Gegensatz zu seinem Fraktionskollegen Heldt, mit ja, wodurch das Stimmenverhältnis von 49 zu 47 zustande kam. Hätte Bud ebenso wie Heldt gestimmt, dann wäre Stimmengleichheit heraus- gekommen, und es hätte festgestellt werden müs- sen, daß im Landtag eine Mehrheit für die Gül- tigkeit der Wahl Dr. Büngers nicht vorhanden war.

Uebrigens verlautet, daß man in antisozialisti- schen Kreisen den Abg. Bud diese Haltung in der Abstimmung sehr übel nimmt und daß dort allen Ernstes die Frage erwogen wird, den Abg. Bud dieserhalb zur Niederlegung seines Land- tagsmandats aufzufordern.

Deutscher Reichstag

Berlin, 25. Juni

Im Reichstag gab es heute bei der 2. Be- ratung des Sperrgesetzes für Rechtsstreit- igkeiten über ältere staatliche Renten lebhaft Auseinandersetzungen der Juristen über die Frage, ob das Gesetz als verfassungsändernd anzusehen sei oder nicht. Bei den Mehrheits- verhältnissen im Reichstag bedeutet die Entschlei- dung über diese Frage zugleich die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung des Gesetzes. Die einfache Mehrheit wäre zu erreichen, die für ver- fassungsändernde Gesetze erforderliche Zweidrit- telmehrheit aber keinesfalls.

In der Einleitung der Regierungsvor- lage war die verfassungsändernde Wirkung des Gesetzes festgestellt. Heute hatten die Sozialdemokraten die Strei- chung dieser Feststellung beantragt und Reichs- justizminister v. Guérard vertrat gleichfalls den Standpunkt, daß eine Verfassungsänderung nicht vorliege. Die gegenteilige Meinung wurde nicht bloß von den Deutschnationalen, sondern auch von den Rednern der Demokraten und Deutschen Volkspartei vertreten. Im Ham- melsprung wurde schließlich mit 183 gegen 171 Stimmen der sozialdemokratische Antrag angenommen, wonach die Feststellung der verfassungsändernden Wirkung in der Einlei- tung fortzufallen. Demnach kann bei der 3. Be- ratung, die morgen stattfindet, die Annahme des Gesetzes mit einfacher Mehrheit erwartet werden. Der Mehrheitsbeschluss bedeutet, wie Präsident Löbe einem deutschnationalen Redner gegenüber feststellte, nicht etwa, daß nun die Verfassungs- mäßigkeit des Gesetzes vom Reichstag sozusagen in eigener Sache beschlossen worden ist. Die Wir- kung des Beschlusses ist nur die, daß das Gesetz nach seiner Annahme ordnungsgemäß verkündet wird und daß dann das Reichsgericht als zustän- dige Instanz entscheiden und das Gesetz aufheben kann, wenn es nach der Meinung des höchsten deutschen Gerichts eine Aenderung der Verfäs- sung in sich schließt. Ein volksparteilicher An- trag, der das Sperrgesetz nicht auf Schiedsgeri- chtsverfahren anwenden wollte, wurden abge- lehnt.

In der dann folgenden 3. Beratung der Vor- lage über die Verlängerung des Republi- kationsgesetzes kamen nur Nationalsozialisten und Kommunisten zum Wort. Die Abstimmung wurde auf Donnerstag vertagt.

Der deutsch-estnische Handelsvertrag wurde ohne Aussprache dem handelspolitischen Ausschuss überwiesen. Gegen die Stimmen der Kommuni- sten wurde ein Zusatzabkommen zum deutsch- schweizerischen Handelsvertrag angenommen, gegen Sozialdemokraten und Kommunisten eine Entscheidung, in der höhere Schutzgölle verlangt wurden.

Der Reichstag stimmte weiter der Ratifi- kation des internationalen Abkommens über die

Manasse Friedländer vor Gericht

Der Angeklagte schildert die Erschießung des Bruders und Freundes

Berlin, 25. Juni

Der Prozeß gegen den 19jährigen Manasse Friedländer, der im Januar in der Woh- nung seiner Eltern in der Passauer Straße seinen Bruder Waldemar und dessen Freund Tibor Földes erschossen hat, hat heute vor dem Schwur- gericht begonnen.

Nach nebenfälligen Erörterungen schilderte der Angeklagte, wie am Tage der Tat nachmit- tag, als der ebenfalls von ihm erschossene Tibor Földes zu Besuch da war, sein Bruder Waldemar zu ihm ins Schlafzimmer kam, aus gering- fügigem Anlaß Streit anfang und ihn aus dem Zimmer und über den Korridor trieb. Als er im Korridor von seinem Bruder Waldemar mit Faustschlägen mißhandelt wurde, hat er nach seiner Angabe sich plötzlich des Revolvers erin- nert, den er immer bei sich trug, hat ihn, ohne zu überlegen, herausgezogen und auf seinen Bruder geseuert. Als auf die Schüsse hin Tibor Földes, der sich in einem Zimmer befand, die Tür nach dem Korridor aufriß, hat der An- geklagte, wie er behauptet, in dem Gefühl, daß jetzt beide Gegner über ihn herfallen würden, auch auf Földes geschossen und ist dann fast un- mittelbar darauf aus dem Haus gestürzt, um sich der Polizei zu stellen. Die Folgen seiner Schüsse

will er erst durch die Mordkommission erfahren haben.

Während der Untersuchung hat der Ange- klagte ausgesagt, er habe zuerst auf Tibor Földes und dann auf seinen Bruder geschossen. Außerdem hatte er angegeben, daß ein Streit wegen eines jungen Mädchens als Motiv zu seiner Tat eine Rolle gespielt habe.

In der heutigen Verhandlung hielt der An- geklagte, als er auf den Widerspruch aufmerk- sam gemacht wurde, seine früheren Angaben nicht mehr aufrecht und behauptete, das, was er in der Voruntersuchung ausgesagt habe, habe er sich gewissermaßen selbst suggeriert, als er später über seine ihm selbst unerklärliche Tat nachgrü- belte.

Zum Schluß seiner Vernehmung erklärte er: Ich lebte ständig unter der Einschüchterung mei- nes Bruders und hatte das Gefühl der Ohnmacht und Schwäche ihm gegenüber. Dadurch hat sich ein Haß gegen ihn in mir entwickelt. Da meine Mutter durchaus parteiisch war, und niemand zu Hause war, der meinem Bruder sein Unrecht vorhielt, wuchs bei mir das Ohnmachtsgefühl. Ich wollte es überwinden, und da griff ich zum Revolver und habe alles niedergeschossen.

Es wurde sodann mit der Vernehmung der Zeugen begonnen.

dem Beifall der Versammlung, keinen Au- turkamp, sondern den Frieden.

Nach längerer Aussprache wurde die Vorlage des Verfassungsausschusses bis auf wenige Stim- men, denen in der Entscheidung die Bedenken gegen das Konkordat zu milde gefaßt waren, an- genommen.

Sofort nach Schluß der Generalsynode trat der Kirchenrat zusammen, um über die Einlei- tung weiterer Verhandlungsschritte mit der preu- ßischen Staatsregierung Beschluß zu fassen.

Die 1. Tagung des Reichseisenbahnrates

Berlin, 25. Juni

Der neugebildete Reichseisenbahnrat, der gestern unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Dr. Ing. Gutbrod hier zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten ist, erledigte zunächst geschäftliche Angelegenheiten (insbesondere Wahl des ständigen Ausschusses). Er nahm so- dann einen Bericht über die wichtigsten tarifpo- litischen Maßnahmen der Deutschen Reichseisen- bahngesellschaft entgegen und stimmte nach län- gerer Aussprache einem Antrage der Deutschen Reichsbahn auf Einführung eines ermäßigten Sammelladungsstarifs zu, der dazu dienen soll, der zunehmenden Abwanderung des Verkehrs auf den Kraftwagen Einhalt zu tun. Schließlich wurden einige Anträge auf dem Gebiet des Per- sonenverkehrs vorgebracht, deren nähere Prü- fung durch das Verkehrsministerium und die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn zu- gesagt wurde.

Der 17. Tag im Stinnes-Prozeß

Berlin, 25. Juni

Im Stinnes-Prozeß kam es heute zu einem Zusammenstoß zwischen Verteidigung und Zeu- gen, als Rechtsanwalt Gollnick dem Zeugen Mar- kus vorwarf, mit Calman in freundschaftlichem Briefverkehr gestanden zu haben. Justizrat Mar- kus wies diese Vorwürfe in sehr erregtem Tone zurück. Es entspann sich ein heftiger Wort- wechsell, dem schließlich der Vorsitzende durch energisches Einschreiten ein Ende machte.

Darauf folgte die Vernehmung des Land- richtersrates Töplitz, der als Untersuchungs- richter an dem Verfahren beteiligt war. Nach einem heftigen Zusammenstoß mit der Verwei- digung fuhr der Zeuge mit der Schilderung sei- ner Vernehmungen von Waldows fort. Als be- sonders kennzeichnend für die Denkungsart des Angeklagten von Waldow schilderte der Zeuge folgenden Vorgang: Einmal habe dieser ihn ge- fragt, wieviel Strafe er denn zu erwarten habe. Der Zeuge verwies von Waldow auf die betref- fenden Paragraphen im Strafgesetzbuch. Darauf habe von Waldow gesagt: Na, nehmen wir an, ich bekomme zwei Jahre. Hindenburg ist ein naher Verwandter meiner Mutter, er wird mich schon begnadigen. Ich war so empört über diese Beugung, so betonte der Zeuge, und hielt von Waldow vor, wie ungeheuerlich es sei, die verehrungswürdige Person des Reichsprä- sidenten, der für jeden Deutschen ein Muster an Pflichterfüllung sei, in diese Geschichte hineinzu- ziehen. Landgerichtsrat Töplitz schildert dann das Geständnis, das der Angeklagte von Wal- dow ihm ablegte, und in dem er Stinnes schwer belastete.

König Fuad verläßt Deutschland

München, 25. Juni

König Fuad von Ägypten mit Ge- folge hat heute 21 Uhr in einem Sonderzuge von München aus die Weiterreise nach Prag ange- treten. Zu seiner Abfahrt hatten sich eingefun- den Ministerpräsident Dr. Heldt, Minister des Inneren Dr. Stübel, der Vertreter der Reichsregierung in München, Gesandter Daniel von Haimhausen. Auf dem Bahnsteig stimmte eine Reichswehrabteilung die ägyptische Nationalhymne an, während der König die Front abschritt.

Heute nachmittag hatte der König den deut- schen Gesandten in Kairo, v. Stohrer, empfan- gen, der ihm im Auftrage des Reichspräsi- denten die besten Wünsche übermittelt und ein vom Reichspräsidenten mit eigenhändiger Unter- schrift versehenes Bild überreichte.

München, 25. Juni

König Fuad von Ägypten hat vor seiner Ab- reife an den Reichspräsidenten Hindenburg fol- gendes Telegramm abgefaßt: Beim Verlassen Deutschlands, wo ich einen außerordentlich angenehmen Aufenthalt gefunden habe, danke ich für die herzliche Gastfreundschaft und den so warmen Empfang, den ich durch Euerer Excellenz, die Reichsregierung und das deutsche Volk gefunden habe. Es drängt mich, Euerer Excellenz die Versicherung meines lebhaften Dankes zu übermitteln mit der Beteuerung der aufrichtigen Wünsche, die ich für das Wohl- ergehen Euerer Excellenz und für das Gedeihen Deutschlands hege.

Kleine Meldungen

Keine Einigung im schlesischen Textilstreit

Berlin, 25. Juni

Die im Reichsarbeitsministerium gestern unter dem Vorsitz von Regierungsrat Dobber- stein geführten Nachverhandlungen im schlesischen Textilstreit haben, obwohl die Verhandlungen bis gegen Mitternacht fortgeführt wurden, keine Einigung gebracht. Der Reichs- arbeitsminister wird nunmehr zu dem Antrag der Arbeitnehmer auf Verbindlichkeitsklärung Stellung nehmen.

Mit plötzlich erkrankt

Kattowitz, 25. Juni

Der frühere Sejmabgeordnete Otto Miß, der heute plötzlich an einer Blinddarment- zündung erkrankt, mußte sich heute nach- mittag einer Operation unterziehen, die — soweit bisher bekannt — glücklich verlief.

Eine Bunkmeldung

Kattowitz, 26. Juni

Das Gericht hat dem Vertragungsantrag der Parteien mit Rücksicht auf die Erkrankung von Miß entsprochen und den Miß-Prozeß auf unbestimmte Zeit vertagt.

Der Reichspräsident wieder in Berlin

Berlin, 25. Juni

Reichspräsident v. Hindenburg ist heute vor- mittag von seiner Reise nach Ostpreußen wieder nach Berlin zurückgekehrt.

Gegen die Subventionierung der Deutschen Werke

Hamburg, 25. Juni

Der Verein deutscher Schiffswerften e. V. nimmt in einer Erklärung Stellung gegen die vom Reichsfinanzminister beantragte Sub- ventionierung der Deutschen Werke in Kiel, denen für 1929 7 Millionen Mark zugewendet werden sollen. Der Verein sieht darin eine Beein- trächtigung der übrigen Schiffbauindustrie.

Graf Gravinia bei der Danziger Regierung

Danzig, 25. Juni

Der neue Kommissar des Völkerbundes, Graf Gravinia, stattete heute vormittag der Regie- rung der Freien Stadt Danzig seinen An- trittsbekuch ab, wobei Präsident Dr. Schim- m die einzelnen Mitglieder des Senats vor- stellte.

Die „Polonia“ zum 65. Mal beschlagnahmt

Kattowitz, 25. Juni

Die „Polonia“ wurde heute zum 65. Male wegen des Leitartikels beschlagnahmt.

Amnestie für die Autonomisten

Paris, 25. Juni

Der Gesetzentwurf über die Amnestie in El- saß-Lothringen, der nur aus einem Artikel be- steht, sieht völlige Amnestie vor 1. für alle in den drei elsass-lothringischen Departements begangenen Vergehen gegen den Artikel 87, 88 und 89 des Strafgesetzbuchs, 2. für alle Vergehen von Beamten, die das Heimatbun- demanifest vom 5. Juni 1926 unterzeichnet haben und dafür disziplinarisch bestraft worden sind. In der Begründung dieses Entwurfes wird an das Urteil des Schwurgerichts von Besançon er- innert, das das Befehlen eines Komplottes im Elsaß verneint.